

Prof. Dr. Sebastian Dullien \* Prof. Dr. Michael Hüther \* Prof. Dr. Tom Krebs \*  
Prof. Dr. Barbara Praetorius \* Prof. Dr. C. Katharina Spieß

## Executive Summary

# Weiter denken: Ein nachhaltiges Investitionsprogramm als tragende Säule einer gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik

Die Corona-Krise ist eine menschliche Tragödie mit weitreichenden ökonomischen und sozialen Folgen. In solchen Zeiten der allgemeinen Verunsicherung ist staatliches Krisenmanagement notwendig. **Insbesondere die staatliche Absicherung von Risiken ist oberstes Gebot in einer Wirtschaftskrise und kann die ökonomischen Kosten erheblich mindern.** Private Haushalte und Unternehmen profitieren direkt von einer Politik der Risikoversicherung und indirekt durch eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Entsprechend hat die Bundesregierung schnell mit einem angemessenen Paket an Sofortmaßnahmen auf die wirtschaftspolitische Herausforderung reagiert.

Ein Schutzhelm für Wirtschaft und Gesellschaft ist der erste Schritt in einer umfassenden wirtschaftspolitischen Antwort auf die Corona-Krise. **Doch weitere Schritte werden notwendig sein, damit unser Land den Weg aus der Krise heraus auf einen sozial ausgewogenen, nachhaltigen Wachstumspfad finden können.** Investitionen sollten ein zentrales Element gesamtwirtschaftlicher Stabilisierungspolitik sein. **Dabei sollten diese Investitionen die Herausforderungen der Dekarbonisierung, des demografischen Wandels und der digitalen Transformation adressieren.**

Ohne weitere staatliche Impulse besteht die Gefahr, dass Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaften Schaden erleiden werden – der sogenannte Hysterese-Effekt einer Rezession. Die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre hat eindrucksvoll gezeigt, welche erheblichen gesellschaftlichen Schäden falsche wirtschaftspolitische Entscheidungen verursachen können.

**Die Existenz von Hysterese-Effekten bedeutet unter anderem, dass eine Politik des Abwartens hohe Kosten verursachen kann.** Hingegen gibt es auch das Risiko, dass zu früh eingeführte Maßnahmen wirkungslos verpuffen und zukünftige Spielräume unnötig einengen. Darüber hinaus ist die Wirtschaftskrise 2020 – anders als vorherige Krisen – geprägt durch zwei weitere Herausforderungen. Erstens werden weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen zu einem Zeitpunkt greifen müssen, an dem gesundheitspolitische Restriktionen immer noch in Kraft sind. Es besteht somit die Gefahr, dass Maßnahmen zur Stimulierung der Konsumnachfrage die gesundheitspolitischen Maßnahmen konterkarieren (Bofinger et al., 2020). Zweitens ist der Effekt traditioneller Fiskalpolitik auf Beschäftigung und Wachstum geringer in der aktuellen Krise als in vorherigen Krisen, weil Arbeitsrestriktionen in Teilen des Konsumsektors den keynesianischen Multiplikator-Effekt verkleinern (Guerrieri, Lorenzoni, Straub, Werning, 2020).

**Die Politik steht also vor einem Dilemma.** Einerseits brauchen Wirtschaft und Gesellschaft sehr bald einen Anschub, um die Gefahr einer lang anhaltenden Wirtschaftskrise abzuwenden. Eine

starke wirtschaftliche Erholung bereits bis zum Ende des Jahres 2020 wird es voraussichtlich nur geben, wenn die Politik ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Konjunktur in den kommenden Monaten verabschiedet. Andererseits sind viele wirtschaftspolitische Maßnahmen, die in vergangenen Krisen die Konjunktur über die Konsumnachfrage stimuliert haben, in dieser Krise weniger effektiv und haben eventuell unerwünschte Nebenwirkungen.

**Das politische Dilemma kann mit einem Maßnahmenpaket aufgelöst werden, das den Schwerpunkt auf Investitionen legt.** Das Konjunkturprogramm 2020 sollte – über Erwartungseffekte – daher vor allem ein Investitionsprogramm sein. Konkret sollten private und öffentliche Investitionen in den Sektoren Gesundheit, Wohnen, erneuerbare Energie, emissionsarme Verkehrsinfrastruktur, digitaler Infrastruktur und Bildung zusätzlich gefördert werden. Die Tabelle unten gibt einen Überblick über die vorgeschlagenen Maßnahmen.

Finanziert werden sollten die Investitionen über eine höhere Neuverschuldung mit langen Tilgungszeiten. Dank der aktuellen, günstigen Finanzierungskosten auf Bundesanleihen ist eine solche Finanzierungsstrategie ökonomisch effizient. Sie ist außerdem generationengerecht, weil künftige Generationen in substantiellem Maß von den heutigen Investitionen profitieren. Steuererhöhungen jedenfalls sind angesichts der labilen gesamtwirtschaftlichen Lage nicht opportun.

**Tabelle 1**

	Private Investitionen	Öffentliche Investitionen	Humanpotenzial
<b>Gesundheit</b>	Abschreibungsregeln Produktion med. Güter F&E-Förderung	Gesundheitsfonds Corona-Fonds Kommunen	Transformations-Kurzarbeitergeld Ausbildung/Verdienst Pflege
<b>Verkehr</b>	Abschreibungsregeln F&E-Förderung	Infrastruktur E-Mobilität KInvGF I aufstocken GVFG-Mittel erhöhen Altschuldenentlastung Kommunen Corona-Fonds Kommunen	Transformations-Kurzarbeitergeld
<b>Energie</b>	Abschreibungsregeln Abwrackprämie Ölheizungen Energetische Gebäudesanierung Solar- und Windenergieausbau CO <sub>2</sub> -neutrale Produktion	Wasserstoffstrategie	Transformations-Kurzarbeitergeld
<b>Wohnen</b>	Abschreibungsregeln Abwrackprämie Ölheizungen	Beteiligungsgesellschaft (ÖÖP) Partnerschaft Deutschland Altschuldenentlastung Kommunen Corona-Fonds Kommunen	
<b>Digitales</b>	Abschreibungsregeln F&E-Förderung Digitale Arbeit	Digitale Infrastrukturgesellschaft	Transformations-Kurzarbeitergeld
<b>Bildung</b>		Altschuldenentlastung Kommunen	Frühe Bildung und Betreuung Ganztägige Angebote für an Grundschulkinder Digitalisierung von Schulen Ausbildung/Verdienst Pluralistische Gesellschaft